

Run auf Gesamtschulen reißt nicht ab

1.062 Kinder wollen ab dem neuen Schuljahr eine der sechs städtischen Gesamtschulen in Mönchengladbach besuchen. 711 erhalten tatsächlich einen Platz. Die übrigen 351 Kinder werden an die weiteren Schulformen verwiesen. Damit steigt die Zahl der Anmeldungen noch einmal im Vergleich zum Vorjahr an.

ohne Abschluss deutlich zu senken. Dabei steht nach wie vor die Ausweitung des Gesamtschulangebotes in der Stadt ganz oben auf der Prioritätenliste. Kurzfristig wollen wir den Anmeldeüberhang reduzieren und mehr Kindern einen Platz an einer der sechs städtischen Gesamtschulen bieten. Dafür müssen wir keine neuen Schulen bauen. Wir müssen



Felix Heinrichs, Fraktionsvorsitzender der SPD, und Monika Schuster, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, erklären dazu: „Der Run auf die Gesamtschulen reißt nicht ab. Die Entscheidung für eine Gesamtschule treffen die meisten Eltern sehr bewusst. Viele wollen: die Möglichkeit, alle Schulabschlüsse an einer Schule zu erwerben, den gebundenen Ganztags und ein breites Angebot. Als SPD-Fraktion arbeiten wir seit mehr als 25 Jahren engagiert daran, die Zahl der Gesamtschulplätze zu vergrößern und Abweisungen deutlich zu reduzieren. In den letzten Jahren ist es uns durch die Gründung der sechsten Gesamtschule und die Ausweitung des Angebots an der Gesamtschule Espenstraße gelungen, sechs weitere Klassen jedes Jahr einzurichten.“

„Gemeinsam mit der CDU haben wir im Juni 2016 Leitlinien für die anstehende Schulentwicklungsplanung auf den Weg gebracht. Unser Ziel ist es, die Zahl der Schulabgänger

im System arbeiten, um auch in Zukunft wohnortnah ein gutes Schulangebot aufrechterhalten zu können“, so Monika Schuster.

Felix Heinrichs ergänzt: „Mitte des Jahres wird uns die Verwaltung endlich den Entwurf für den neuen Schulentwicklungsplan vorlegen. Wir werden sehr genau darauf achten, welche Wege und Möglichkeiten beschrieben werden, mehr Kindern einen Platz an einer Gesamtschule zu bieten. Wir müssen zu konkreten Entscheidungen kommen, damit wir Planungssicherheit für Investitionen bekommen und Fehlinvestitionen wie in der Vergangenheit verhindern. Gerade vor dem Hintergrund der 36 Mio. Euro, die wir über das Programm Gute Schule 2020 von der Landesregierung unter Hannelore Kraft erhalten, muss klar sein, wo wir langfristig welchen Bedarf abdecken wollen.“

Editorial:

Einsatz für soziale Gerechtigkeit

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, vieles geht voran in Mönchengladbach. Unsere Schulen werden modernisiert, Sportflächen werden saniert, die Innenstädte und Stadtteilzentren werden herausgeputzt, neue Baugebiete entstehen und mehr Menschen ziehen in unsere Stadt. Wer mit wachen Augen durch Mönchengladbach geht, der sieht an allen Ecken Bewegung und Aufbruch. Was vor dem Beitritt zum Stärkungspakt Stadtfinanzen noch undenkbar schien, ist heute wieder Realität. Wir können wieder selbständig etwas bewegen. Ohne die Hilfe des Landes mit vielen hundert Millionen Euro wäre uns das sicher nicht in so kurzer Zeit gelungen.



Wir dürfen aber den Blick vor drängenden Problemen nicht verschließen. 39.000 Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft beziehen Leistungen vom Jobcenter, weil das eigene Einkommen nicht zum Leben reicht. Jedes dritte Kind lebt in einer Familie, die auf Sozialleistungen angewiesen ist. Als SPD-Fraktion nehmen wir das nicht einfach hin, sondern arbeiten intensiv daran, gemeinsam mit Jobcenter, Agentur für Arbeit, Stadt, Wirtschaft und Sozialverbänden Menschen aus der Bedürftigkeit herauszuholen. Wir kümmern uns um mehr Kita-Plätze, bauen den Ganztags an Grundschulen aus und wollen bezahlbaren Wohnraum sichern bzw. ausbauen. Mit unseren kommunalen Unternehmen schaffen wir neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Arbeit ist die Integrationschance für Jugendliche, Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge. Lassen Sie uns gemeinsam mehr soziale Gerechtigkeit in Mönchengladbach schaffen.

Herzlichst Ihr

Unsere Themen

- Gesamtschule
- Arbeitsmarkt
- HOME-Projekt

- Nahverkehr
- Gute Schule 2020
- Schulsozialarbeit

Integrationschance Arbeitsmarkt – „Wir müssen die Kompetenzen bündeln!“

Die Zahlen sind eindeutig. „39.000 Mönchengladbacher erhalten Leistungen vom Jobcenter. Darunter 27.000, die zu den erwerbsfähigen Hilfeberechtigten gehören. Gerade bei der verfestigten Arbeitslosigkeit, also den langzeitarbeitslosen Menschen, gibt es kaum Bewegung. Über 60 Prozent haben keine Berufsausbildung und 40 Prozent erreichen nicht den Hauptschulabschluss der Klasse 10“, berichtet der Geschäftsführer des Jobcenters Klaus Müller.

Auf Einladung der SPD-Fraktion diskutierte Müller gemeinsam mit der Geschäftsführerin

Angela Schoofs sagt dazu: „Arbeitsagentur und Jobcenter arbeiten schon sehr gut zusammen, um Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das Jugendjobcenter, der Integration Point und der gemeinsame Arbeitgeberservice kümmern sich sehr intensiv. Darüber hinaus wollen wir neue Wege gehen, um gerade Jugendliche ganzheitlich unterstützen zu können. Häufig liegen die Probleme nämlich nicht nur in der Qualifikation, sondern gerade bei den Soft Skills und dem familiären Umfeld. Mit unserer Assitierten Ausbildung haben wir die Möglichkeit, den künftigen Auszubildenden und den Ausbildungsbetrieben einen sogenannten

für ein Unternehmen. Deshalb werben wir auch bei jungen Menschen für die Tätigkeiten bei uns, indem wir bezahlte Ferienjobs für Schüler anbieten. mags nimmt sich des Themas Arbeitsmarktförderung als öffentliches Unternehmen an“, so Hans-Jürgen Schnaß.

Für den Vorsitzenden der SPD-Fraktion Felix Heinrichs ist nach dem Gespräch klar: „Wer im Berufsleben nicht durchgehend ordentlich verdient, ist im Alter von Armut bedroht. Mönchengladbach steht bei der SGB-II-Quote auf einer Stufe mit Ruhrgebietsstädten. Wir müssen uns an positiven Beispielen orientieren, wie sie von Dr. Claus Schwenzer dargestellt wurden. Wir müssen allen, die wollen, auch eine Chance geben und schneller und unkomplizierter werden. Wir müssen für Erfolgserlebnisse sorgen und für Engagement unter den Unternehmen werben. Wenn wir etwas aus der Flüchtlingskrise gelernt haben, dann, dass alle Akteure schnell und unbürokratisch zusammenwirken müssen. Wir brauchen Kümmerer, die Unternehmen beraten und Jugendliche, Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge intensiv begleiten.“

Ralf Horst, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ergänzt: „Unsere Forderung ist es schon seit langem, mehr Menschen einen Arbeitsplatz anzubieten. Der soziale Arbeitsmarkt bietet hier gerade denjenigen eine Chance, die nicht voll belastbar sind. Durch den Einsatz von Transferleistungen als Mittel der Arbeitsmarktförderung könnten wir Menschen in Beschäftigung bringen und damit aus dem Teufelskreis Langzeitarbeitslosigkeit holen. Neuansiedlungen wie Zalando bringen uns weiter, sind aber nur ein Element. Zwei Drittel der Beschäftigten waren vorher Kunden des Jobcenters und ebenfalls zwei Drittel wohnen in Mönchengladbach. Wir müssen die Lücke zwischen dem ersten Arbeitsmarkt und der Arbeitslosigkeit füllen. Wir werden dazu weitere Gespräche führen und konkrete Maßnahmen entwickeln.“

„Der Arbeitsmarkt gehört mit zu den großen Integrationschancen für Langzeitarbeitslose, Flüchtlinge, Jugendliche ohne Schulabschluss und Menschen mit Behinderungen. Es geht um gesellschaftliche Teilhabe und Selbstverantwortung. Daher legen wir als SPD einen besonderen Fokus auf die Arbeitsmarktpolitik. In Mönchengladbach ist bei dem Thema noch Luft nach oben. Darüber hinaus müssen wir die Arbeit an Schulen intensivieren, um die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss deutlich zu reduzieren. Dabei spielt die Schulsozialarbeit eine wichtige Rolle, und der Bund muss sich endlich zu einer dauerhaften Finanzierung durchringen“, so Heinrichs abschließend.



der Agentur für Arbeit Angela Schoofs, dem Vorstandsvorsitzenden von mags AöR Hans-Jürgen Schnaß, dem Geschäftsführer von Efertz Tore Dr. Claus Schwenzer und der Bundestagsabgeordneten Gülistan Yüksel über den Arbeitsmarkt als Integrationschance.

„In meinem Betrieb geben wir auch Jugendlichen eine Ausbildungschance, die einen Unterstützungsbedarf haben, weil wir heute schon einen deutlichen Fachkräftemangel verspüren. Außerdem empfinde ich es als soziale Verpflichtung, auch den jungen Menschen eine Chance zu geben, die in schwierigen Familien aufgewachsen sind“, so Dr. Claus Schwenzer. „Was ich mir wünschen würde“, so Dr. Schwenzer weiter, „ist, dass es für uns Unternehmer leichter wäre, Ansprechpartner und Hilfe zu finden. Für einen Asylbewerber, der bei uns arbeitet, haben wir zusätzliche Nachhilfe organisiert, weil die Kurse einfach zu groß sind. Teilweise haben wir also den doppelten Aufwand im Vergleich zu einem ‚normalen‘ Auszubildenden. Dabei spielen Kosten nur eine untergeordnete Rolle. Da muss der ganze Betrieb mit anpacken.“

Ausbildungsbegleiter zur Seite zu stellen. Dieser ist ansprechbar für alle Fragen, die den jungen Mann oder die junge Frau betreffen. Hierzu zählen auch Hilfestellungen bei Schwierigkeiten in der Berufsschule oder bei Problemen zu Hause. Gemeinsam werden tragfähige Lösungen erarbeitet. Denn eine abgeschlossene Ausbildung ist der wirksamste Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“

„Ende 2016 hatten wir uns entschieden, acht Flüchtlingen im Rahmen einer Flüchtlingsintegrationsmaßnahme der Bundesagentur für Arbeit eine Tätigkeit bei mags in der Grünunterhaltung anzubieten. Diese acht Männer sind für sechs Monate bei uns. Fünf von ihnen würden gerne dauerhaft als Hilfgärtner arbeiten. Die Vorarbeiter/ Meister sind von dem Einsatz sehr angetan und helfen den Flüchtlingen gelegentlich auch in anderen Angelegenheiten des täglichen Lebens. Es entsteht so auch ein soziales Miteinander. Wir prüfen jetzt, ob mit Unterstützung der Bundesagentur eine Beschäftigung möglich ist. Darüber hinaus werden wir 2017 wieder anfangen auszubilden, insbesondere im klassischen gewerblichen Bereich. Eine gute Ausbildung ist ein Grundpfeiler

„Kein Kind zurücklassen!“

HOME-Projekt in Mönchengladbach wird fortgeführt

Seit 2010 ist die Stadt Mönchengladbach eine der Modellkommunen im Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW

dass sich Probleme in Familien auf die Entwicklung und die Zukunft der Kinder auswirken. Jedes Kind in Mönchengladbach soll beste Chancen erhalten!“, erklärt die jugendhilfepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion der SPD-Fraktion Monika Berten.



Knappe-WZ

beugen vor“. In mittlerweile drei Stadtteilen – Rheydt-Mitte, Mülfort und Eicken – zeigt HOME (Hilfe und Orientierung für Mönchengladbach Eltern) eine deutliche Wirkung.

„HOME richtet sich an Familien mit Kindern zwischen 0 und 10 Jahren. Durch eine gezielte Bündelung von präventiven Angeboten in 27 Kitas, Grundschulen und Familienzentren schaffen wir ein Netzwerk, das Familien und Kinder besonders unterstützt. Wir wollen so vermeiden,

Grund für die Entwicklung von HOME ist die vermehrte Hilfebefürftigkeit von einigen Familien in der Stadt. Zunehmende Belastungen durch Trennungen, Scheidungen, Arbeitslosigkeit, finanzielle Probleme, psychische Erkrankungen, Suchtprobleme, Sprachschwierigkeiten oder kulturelle Unterschiede bei Familien mit Migrationshintergrund sind die Herausforderungen, auf die HOME reagiert. Vor dem Hintergrund immens steigender Kosten für die Hilfen zur Erziehung (HzE), die für 2017 mit über 65 Mio. Euro angesetzt sind, wird die Bedeutung auch fiskalisch deutlich.

Felix Heinrichs, Vorsitzender der SPD-Fraktion, ergänzt: „Für uns steht das Schicksal der

Kinder in Mönchengladbach im Vordergrund. Wir müssen aber auch die Finanzen im Blick behalten. HOME trägt sich größtenteils durch die Vermeidung von ‚Reparaturkosten‘ in Form von Mitteln für die Hilfen zur Erziehung. Im Jahr 2015 wurden 60 Prozent der Projektkosten durch Minderausgaben im HzE-Bereich refinanziert. Um zu weiteren Erkenntnissen zu kommen, ist die Gemeindeprüfanstalt (GPA) gemeinsam mit der Firma IMAKA beauftragt. Wir wollen erfahren, wie wir die eingesetzten Mittel effizienter einsetzen können, wo Einsparpotentiale bestehen und wie Hilfen direkter greifen können. Außerdem wollen wir HOME in die integrierte Stadtteil- und Quartiersarbeit einbinden.“

Berten und Heinrichs sind sich einig: „Das HOME-Projekt zeigt Wirkung. Die Ausweitung auf die Bildungsförderung an Grundschulen durch die finanzielle Unterstützung der Wübben-Stiftung im Rahmen von ‚HOME-PLUS‘ ist ein weiterer Baustein für ein umfassendes Rahmenkonzept Prävention. Bevor wir die Ausweitung dieses Konzeptes auf weitere Stadtteile angehen, wollen wir die aktuelle Überprüfung durch die GPA und IMAKA abwarten. 2018 können wir auf dieser Grundlage entscheiden, welche Stadtteile einbezogen werden. Dann können wir auch beurteilen, wie wir das Integrierte Handlungskonzept Mönchengladbach-Innenstadt einbeziehen.“

Neuer Nahverkehrsplan für Mönchengladbach

Alle Untersuchungen und Beratungen machten deutlich: Mönchengladbach braucht ein besseres Buslinienetz. Die Defizite wurden gerade in den letzten Jahren immer deutlicher, als neue Gewerbe- und Wohngebiete erschlossen wurden und die Busse in den Spitzenzeiten

überfüllt waren oder Fahrtziele nicht mehr erreicht werden konnten.

serer Stadt wirtschaftlich und sozial geschadet. Denn viele Menschen sind auf ein leistungsfähiges Busangebot angewiesen, um ihren Arbeitsplatz oder die Schule zu erreichen. Auch werden jetzt Verknüpfungsdefizite zu den Bahnhöfen und in den Abendstunden behoben. Die



NEW

Einführung eines 10-Minuten-City-Takts als starke Busachse ist ein wichtiges Signal für einen großstädtischen Nahverkehr in Mönchengladbach.“

Die Erarbeitung des Linienkonzeptes ist ein wichtiger Baustein für die Direktvergabe des Nahverkehrs in 2019. Das Linienkonzept gibt jetzt der NEW Planungssicherheit, und

angedachte Kürzung des bestehenden Busangebots wäre für Mönchengladbach eine fatale Botschaft gewesen. Wir brauchen auch optimale Anbindungen für neue Unternehmen und Baugebiete.

Wir finden es auch richtig, dass bereits von 2017 bis zur angestrebten Direktvergabe in 2019 Verbesserungen schrittweise umgesetzt werden. Hierzu gehören insbesondere Linienergänzungen und Taktverdichtungen. Positiv ist auch das Signal, dass die Arbeit mit dem jetzigen Konzept nicht aufhört, sondern eine weitere Optimierung des Busnetzes möglich bleibt. Hierzu sind allerdings die weiteren wirtschaftlichen Entwicklungen der Stadt zu beobachten.

Felix Heinrichs: „Das Linienkonzept ist aber nur ein Baustein des neuen Nahverkehrsplans. Bis Sommer 2017 sind noch die Qualitätsanforderungen festzulegen. Hierzu gehören die Haltestellen und der Fuhrpark mit den Themen Elektroantrieb und Klimaanlage. Für die SPD ist aber vor allem der Erhalt der Arbeitsplätze mit den sozialen Standards bei den Busfahrerinnen und Busfahrern wichtig. Dies wird auch im Nahverkehrsplan geregelt. Die SPD steht hier im ständigen Dialog mit dem Betriebsrat.“

gemeinsam mit der Stadt können die weiteren Schritte für das Gesamtkonzept im Nahverkehr vorbereitet werden. CDU und SPD haben auf Ebene des Planungsausschusses sofort ab Herbst 2014 an diesem Ziel gemeinsam gearbeitet und viele Vorarbeiten geleistet. Die zuerst

Thomas Fegers, SPD-Sprecher im Planungs- und Bauausschuss: „Ein ‚Weiter so‘ wäre unverantwortlich gewesen und hätte un-

„Mönchengladbach erhält vom Land Unterstützung zur Sanierung, Modernisierung und Ausbau der Schulen“

„Mönchengladbach erhält durch ‚Gute Schule 2020‘ bis zum Jahr 2020 ein Kreditkontingent in Höhe von insgesamt 36,5 Millionen Euro. Pro Jahr sind das 9,1 Millionen Euro“, sagt der stellvertretende Fraktionsvor-

sitzende Hans-Willi Körfges MdL. Maßnahmen sollen deshalb insbesondere auch Digitalisierungsvorhaben gefördert werden, wie zum Beispiel die Anbindung von Schulen an das Breitbandnetz oder Sportanlagen. Welcher Schwerpunkt gesetzt wird, entscheiden die Kommunen.

Anbindung an schnelles Internet und das digitale Klassenzimmer.“

Mit diesem Programm verbindet die Landespolitik zwei ihrer großen Handlungsschwerpunkte: einerseits die Unterstützung und Stärkung der Kommunen und andererseits die systematische Verbesserung des Schul- und Bildungssystems zugunsten unserer Kinder und Jugendlichen. „Beide Ziele gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Weg in die Zukunft unseres Landes“, erklären die beiden Abgeordneten.

In den kommenden vier Jahren werden insgesamt zwei Milliarden Euro bereitgestellt, um Schulen zu sanieren und optimal auszustatten. Projektpartner ist die NRW.Bank; sie wickelt das Programm ab. Bei der NRW.Bank können die Kommunen ihren Investitionsantrag stellen. „Das Besondere an dem neuen Programm: Die Tilgung des Kredits wird vom Land übernommen; die Kommunen müssen also hierfür kein eigenes Geld aufwenden“, so die beiden Mönchengladbacher Abgeordneten Hans-Willi Körfges und Angela Tillmann abschließend.



Knappe-WZ

sitzende Hans-Willi Körfges MdL. „Damit gibt die nordrhein-westfälische Landesregierung einen deutlichen An Schub für kommunale Investitionen in einem Bereich, in dem in den vergangenen Jahren erheblicher Handlungsbedarf sichtbar geworden ist“, ergänzt Angela Tillmann MdL.

Neben Sanierungs- und Modernisierungs-

Maßnahmen sollen deshalb insbesondere auch Digitalisierungsvorhaben gefördert werden, wie zum Beispiel die Anbindung von Schulen an das Breitbandnetz oder Sportanlagen. Welcher Schwerpunkt gesetzt wird, entscheiden die Kommunen. Felix Heinrichs, Vorsitzender der SPD-Fraktion Mönchengladbach, hat schon einige Projekte im Kopf: „In Mönchengladbach brauchen wir Geld, um zusätzlichen Raum für Ganztagschulen zu schaffen bzw. herzurichten. Das Modell Offene Ganztagschule (OGATA) wird sehr gut angenommen und es gibt lange Wartelisten. Ganz konkret konnten wir in 2017 drei Schulen nicht helfen, weitere OGATA-Gruppen einzurichten, weil der Platz fehlte. Mit dem zusätzlichen Geld können wir endlich reagieren und mehr Plätze schaffen. Ein anderes Thema ist die Digitalisierung und die damit bessere

Land NRW sichert Schulsozialarbeit auch im Jahr 2018!

„Mit dem gemeinsamen Haushaltsantrag von SPD und Grünen im Landtag sichern wir die kommunale Schulsozialarbeit vorerst bis ins Jahr 2018. Damit haben Mitarbeiter, Kommunen und Schulen wieder Planungssicherheit. 47,7 Mio. Euro stehen als Verpflichtung für das Jahr

und organisieren Lernförderangebote an Schulen. Darüber hinaus kümmern sie sich um Kinder, die häufig nicht zur Schule kommen (Schulmüdigkeit). Die Schulsozialarbeiter sind eng mit anderen Hilfsangeboten in der Stadt, wie beispielsweise dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie (ASD), vernetzt.

zige Entscheidung können wir die Befristung um ein Jahr hinausschieben. Wir brauchen in 2017 aber Klarheit vom Bund, wie wir langfristig die Schulsozialarbeit sicherstellen können.“



Körfges



Tillmann

2018 im Landeshaushalt, um die bisherige Finanzierung durch das Land fortzusetzen. Wir bleiben aber dabei: Schulsozialarbeit muss auch weiterhin durch den Bund getragen werden, wie dies bis Ende 2013 möglich war“, erklären die beiden Mönchengladbacher Landtagsabgeordneten Hans-Willi Körfges und Angela Tillmann.

Seit Ende 2011 sind in Mönchengladbach 17 Vollzeitstellen für die Schulsozialarbeit eingerichtet worden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermitteln Angebote an berechnete Kinder und Familien, beraten bei Antragstellungen

eingesprungen. Bis heute konnte noch keine neue Einigung mit dem Bund erzielt werden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Rat, Felix Heinrichs, begrüßt die frohe Botschaft aus Düsseldorf: „Schulsozialarbeiter tragen maßgeblich dazu bei, allen Kindern eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Darüber hinaus sind sie geschätzte Partner von Schulen und Jugendhilfe geworden. 80 Prozent der Kosten sind durch die Landesförderung abgedeckt. Ohne den Beitrag des Landes könnten wir diese wichtige Aufgabe nicht mehr erfüllen. Durch die jet-

RatAktuell 1/2017

Auflage: 2.500 (im Postversand)

Herausgeber:
SPD-Ratsfraktion
Mönchengladbach
Brucknerallee 126
41236 Mönchengladbach
Tel: 02166/9 24 90-30
Fax: 02166/9 24 90-34
Mail: spdratmg@itbank.de
Internet: www.fraktion-spd-mg.de
twitter.com/SPDratmg
facebook.com/spdfraktionmg
Neue Anschrift?

Neuer Interessent?
Bitte wenden Sie sich an obige Adresse!

Redaktion:
Felix Heinrichs (V.i.S.d.P.)
Thomas Fegers
Bilder: SPD, Knappe WZ, Photocase, NEW
Druck:
Druckerei Kranz, Stadtwaldstraße 35,
41179 Mönchengladbach